

„Dialog der Gastgeber“ – Impulsreferat Dr. Justus H. Ulbricht

**Was passiert hier eigentlich gerade?  
Hintergründe und thematische Kontexte  
der aktuellen Asyl-Debatte**

Meine Damen und Herren,

wiewohl ich in den ersten beiden Veranstaltungen dieser Fortbildungsreihe frei gesprochen habe – und das gleich erneut versuchen möchte – habe ich mich entschlossen, meine wichtigsten Überlegungen nun doch zu verschriftlichen, so dass Sie die Möglichkeit haben, das ein oder andere nachzulesen.

Zusammen mit meinem Manuskript vom November 2015, das Ihnen heute vorliegt und das man weiterhin auch bei Frau Eibenstein oder Frau Kis in der LTV-Geschäftsstelle anfordern kann, entsteht hoffentlich ein anregendes Bild meiner Beobachtungen zu den aktuellen Asyldebatten.

Ich bin von Haus aus Historiker, Germanist und Pädagoge – und beruflich seit über 30 Jahren ein Grenzgänger zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit. Ich publiziere regelmäßig wissenschaftliche Aufsätze und Bücher. Daneben bin ich allerdings auch in der Erwachsenenbildung tätig, leite seit über 10 Jahren ein Bildungsprojekt mit Schülern in Weimar, schreibe ab und an auch für Zeitschriften und Zeitungen und habe an diversen historischen Ausstellungen mitgewirkt.

Seit über sechs Jahren lebe ich mit zweiter Frau – einer Dresdnerin – und meinem drittem Sohn in Dresden und bin dort sowohl dem Dresdner Geschichtsverein als auch der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung (SLpB) eng verbunden.

Im Folgenden habe ich mich bemüht, meine Erfahrungen als Moderator von Bürgerversammlungen und „runden Tischen“ – zumeist zum Thema „Asyl“ – in Sachsen zu synthetisieren. Ich arbeite als freier Mitarbeiter für die SLpB in dem Projekt „K!D“ – „Kommune im Dialog“.

Ich präsentiere Ihnen meine eigenen Einschätzungen zu typischen Positionen und Wortmeldungen der – „besorgten“ Bürger unseres Freistaates, verweise auf Kontexte und Zusammenhänge und markiere Argumentationsschleifen und Vorurteilsstrukturen.

Was Sie hören und lesen, ist also eine um Objektivität bemühte, jedoch persönliche Sicht auf ein Debatten und Diskussionsgeschehen innerhalb unserer Bürgergesellschaft.

**Und ich muss betonen: mein Beitrag ist kein offizieller Standpunkt der SLpB.**

### **Ein grundlegendes Problem von uns allen sei eingangs angesprochen:**

**Wie gewinnt man** ein möglichst realistisches Bild der aktuellen Lage der Asyl- und Flüchtlingspolitik in der Bundesrepublik und in Europa? Erleben wir eine „Flüchtlingskrise“, eine „Flüchtlingswelle“, ein „Flüchtlingschaos“, eine „Flüchtlingsflut“ oder was???

Alle diese Begriffe sind in der Debatte und tönen uns aus vielen Medien an....und schon die Wortwahl markiert die emotionale und die intellektuelle Beziehung der jeweiligen Sprecher zur Situation und den Themen „Asyl“, „Flucht“ und „Migration“.

**Wie trennt man** in der Debatte das Thema „Asyl“ von anderen Problemkomplexen, die in den Wortmeldungen von Bürgern und Verantwortlichen der Politik und der Verwaltung jeweils zur Sprache kommen?

**Wichtig ist** zuerst einmal die **Differenzierung** zwischen:

- Migration
- Flucht
- Asyl
- Einwanderung
- Integration

Sämtliche Wanderungsbewegungen in und zwischen Gesellschaften heißen **Migration**. Diese Wanderungen können freiwillig oder gezwungenermaßen angetreten worden sein. Sie können kurz dauern oder lang währen. Sie umfassen soziale und topographische Räume zwischen der unmittelbaren Nachbarschaft und der „weiten Welt“.

Arbeitspendler sind ebenso Migranten wie Studenten, die mehrfach die Hochschule wechseln. Einwanderer migrieren ebenso wie Auswanderer; Flüchtlinge ebenso wie Zuwanderer. Manche Migrationen erfolgen täglich oder nur einmal im Leben; sie dauern zwischen Stunden und Jahren.

**Flucht** nennen wir umfangssprachlich jede unfreiwillige Bewegung von Menschen und sozialen Gruppen, die einer Bedrohung von Leib und Leben oder misslichen politisch-sozialen Zuständen in ihrem jeweiligen Heimatland ausweichen. „Flüchtling“ ist aber auch ein Rechtsstatus, den etwa die Genfer Flüchtlingskonvention oder das deutsche Asylrecht...

(vgl.: <http://www.bamf.de/DE/Migration/AsylFluechtlinge/Asylrecht/asylrecht-node.html>)  
genauer definieren.

Das Wort „Wirtschaftsflüchtling“ – in nicht wenigen Debatten wie ein Schimpfwort verwendet – bezeichnet schlicht und ergreifend die Tatsache, dass seit Jahrtausenden Menschen ihren Wohnort oder gar ihr Land verlassen, um woanders bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen vorzufinden oder zu suchen. – Allerdings sind ökonomische Gründe keine anerkannten Gründe für die Gewährung von Asyl.

**Asyl** ist Schutzgewährung und ein Rechtsstatus. In allen Gesellschaften gab und gibt es Orte und Räume, in denen man Asyl gewähren kann und in denen Schutzsuchende – zumindest für eine Zeit lang – sicher sind. In der Antike waren dies etwa Tempel, besonders rechtlich geschätzte Städte oder Inseln. In christlichen Kontexten kennen wir das Kirchenasyl. Und jede staatliche Gewalt konnte und kann bis heute Asyl-Räume und „Schutzzonen“ festlegen und folglich Asyl gewähren.

Die Bundesrepublik ist der Genfer Flüchtlingskonvention (vgl.: <http://www.unhcr.de/mandat/genfer-fluechtlingskonvention.html>) beigetreten und hat zudem – nach den Erfahrungen des Dritten Reiches und der Shoah – im Grundgesetz der alten BRD (das nun für uns alle gilt) das Grundrecht auf Asyl verankert (§ 16a GG).

(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.

(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.

(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.

(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur

ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.

(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

**Einwanderung** ist ein sozialer Prozess längerer Dauer und bedarf eigentlich der Regelung durch ein spezifisches Einwanderungsgesetz – das wir in Deutschland bisher nicht haben.

Daher versuchen Menschen, die zu uns einwandern möchten, also eigentlich länger in unserem Lande bleiben wollen, über das Asylrecht zu uns zu gelangen. Das aber ist auf Dauer keine Lösung – und solche potentiellen Einwanderer belasten eine juristische und verwaltungstechnische Infrastruktur, die eigentlich für Schutzsuchende gedacht ist. Das Asylverfahrensgesetz, das die Gewährung von Leistungen und die Durchführung des Asyls regelt, finden Sie unter: ([http://www.gesetze-im-internet.de/asylvfg\\_1992/index.html](http://www.gesetze-im-internet.de/asylvfg_1992/index.html)).

**Integration** ist der Wunsch mancher Zuwanderer, die Hoffnung vieler Asylbewerber und die Bereitschaft der Einheimischen, zugewanderte Menschen nach und nach als Mitbürger zu akzeptieren. Integration ist also Wunsch und Prozess – und setzt bei Einheimischen wie Zuwanderern das Lernen und Befolgen geschriebener und ungeschriebener Gesetze der Zuzugs- und Einwanderungsgesellschaft voraus.

In der aktuellen Asyldebatte fällt – wie ich finde – der Begriff „Integration“ oftmals zu früh. Asylbewerber nämlich suchen temporären Schutz, wollen möglichst angstfrei eine Zeit lang hier untergebracht sein und werden staatlicherseits nach der Anerkennung betreut und unterstützt.

Ob also aus Asylbewerbern Asylanten (das ist ursprünglich auch kein Schimpfwort!!!), aus Asylanten Einwanderer und aus diesen wiederum vollberechtigte Mitbürger werden, kann nur die Zukunft zeigen und das unterliegt hoch differenzierten sozialen Verhaltensmustern und kodifizierten juristischen Verfahren.

Ein Automatismus: ‚Asyl = Integration = Einwanderung‘ existiert nicht; wird aber von manchen Asyl-Gegnern als eine Art Horrorszenario gerne beschworen.

## **Bedenken und Fragen der Bürger** (s. auch meinen Text „man wird doch nochmal sagen dürfen...)

**Viele unserer Mitbürger begründen ihren Protest, ihre Abwehr oder gar einzelne ihrer Vorurteile:**

- Mit der ihrer Meinung nach verfehlten deutschen und europäischen Asylpolitik.
- Mit der angeblich insgesamt verfehlten Politik in Deutschland.
- Mit Ängsten vor der allgemeinen Weltlage.
- Mit ökonomischer Unzufriedenheit und der Erfahrung sozio-ökonomischer Ungerechtigkeiten in unserer Gesellschaft.
- Mit einer Fülle negativer Erfahrungen nach der Wende“ und in der „Transformation“ der 1990er Jahre.
- Mit einem grundsätzlichen Misstrauen gegen unsere Eliten.
- Mit einem Wust aus Fehl-, Des- und Sachinformationen aus den „sozialen Medien“.
- Mit der vielfach zutreffenden Einschätzung, dass die aktuelle Situation unseren Staat, dessen Politik und Verwaltung sowie die gesamte Gesellschaft überfordert.
- Mit der – angeblich bewiesenen – Gefährlichkeit und drohenden Kriminalität von Flüchtlingen und Zuwanderern.

### **Dabei gilt es nun:**

- Unsachliche Kritik
- Diffuse Ängste
- Berechtigte Sorgen
- Manifeste Aggressionen und Übergriffe
- Vorurteile
- Falsche Informationen
- Biographische Frustrationen der Sprechenden

...auseinander zu halten und zugleich darauf deutlich hinzuweisen, dass unsachliche Kritik, mangelnde Empathie, Wut und Aggression oder gar Tathandlungen gegen Asylbewerber, -unterkünfte und -unterstützer allein in der Verantwortung derjenigen liegen, die so reden und handeln – und nicht bei „der Politik“, „den Politikern“, „den Medien“ oder gar bei „den Ausländern“ selbst.

Dass die Aktionen der „großen Politik“, die „Weltlage“ und all die anderen aktuellen Probleme das Bild der Asylpolitik (und der Asylbewerber) mit einfärben und vor allem die Emotionen der Bürger stark bewegen, ist selbstverständlich damit nicht in Zweifel gezogen.

**Aber Unzufriedenheit und Unrechtserfahrungen der eigenen Person legitimieren niemanden, gegen Andere Unrecht zu tun, andere Menschen anzugreifen, anzuschuldigen, zu stigmatisieren und auszugrenzen und die legitimen Standards von Debatten und Diskussionen in unserer Demokratie chronisch zu verletzen.**

Zur vielbeschworenen „Mündigkeit“ des Bürgers gehört auch die Fähigkeit zur Prüfung des eigenen Standpunktes, zur Toleranz gegenüber anderen Meinungen (und gegenüber Personen, die diese vertreten). Sinnvolle und konstruktive Kritik setzt außerdem voraus, dass man in der Lage ist, einzelne Probleme und Aspekte gesellschaftlicher und politischer Prozesse voneinander zu trennen – wohl wissend, dass in den Herzen und Köpfen alles mit allem kombinierbar ist und oft auch vermengt wird.

Kritik kommt zudem vom Worte „krinein“ im Altgriechischen und das bedeutet „entscheiden“. Kritik muss also immer auch an den Gebrauch der eigenen Vernunft gekoppelt sein und an die positive Unterstellung, dass auch der Andere (= mein Dialogpartner), mit dem ich streite, seine Vernunft gebrauchen kann oder schon gebraucht hat.

Die ohnehin schon angespannte Atmosphäre in unserer Gesellschaft wird dadurch weiter belastet, wenn man sich ständig als Überlegener und Einsichtiger inszeniert, alle anderen aber für „blöd“, „reaktionär“, „links“, „uninformiert“, „arrogant“, „egoistisch“ etc. hält – oder wie die Zuschreibungen auch immer lauten mögen.

**Wichtige Fragen, typische Befürchtungen** (ausführlich kontextualisiert im Text Nov. 2015):

- „Wir sind besorgte Bürger und es geht hauptsächlich um uns, nicht um die Flüchtlinge.“
- „Wir haben selber Probleme genug.“
- „Asylanten sind Wirtschaftsflüchtlinge, die uns etwas wegnehmen werden.“
- „Wir sind nicht das Sozialamt der Welt.“
- „Warum kommen die alle zu uns?“
- „Mit dem Zuzug von Asylanten wächst die Kriminalität.“

- „Die müssen das tun, was bei uns gilt.“
- „Die Muslime wollen uns missionieren.“
- „Der Islam ist gefährlich.“
- „Wir müssen dafür sorgen, dass sich die Verhältnisse in den Herkunftsländern verbessern.“
- „Das sind alles die Amerikaner schuld.“
- „Wenn wir uns nicht abschotten und die Grenzen dicht machen, bricht unser Land zusammen.“

\*\*\*\*\*

Ich möchte nun noch ein paar Überlegungen darüber anstellen, was hinter solchen Diskursen auch noch sichtbar wird. Denn ich hatte ja schon eingangs betont, dass das Thema „Asyl“ vielfach nur ein Aufhänger dafür ist, dass Menschen ihre politischen Meinungen, Annahmen, Gefühle, Vorurteile und ganze Weltbilder zu ganz anderen Fragen äußern.

Diese Kontexte machen es bisweilen schwer, in den Diskussionen bei einer Sache, bei einem Problem, zu bleiben. Denn viele, die da debattieren, machen gerne gleich die „großen Fässer“ auf – so dass realistische Einschätzungen, und vor allem aber praktikable Lösungen für konkrete Angelegenheiten und Schwierigkeiten in weite Fernen rücken.

Unverkennbar sind folgende **Hintergründe** für die Art und Weise, den Ton und die bisweilen auch die schwer austarierbare Emotionalität von Asyldebatten von zentraler Bedeutung:

- In unserer auf den ersten Blick friedlichen, saturierten und sicheren Gesellschaft haben viele Menschen dennoch soziale Ängste, auch und gerade diejenigen Angehörigen der Mittelschicht, die genau wissen, was sie zu verlieren haben und die die mögliche Fallhöhe in unserer Konkurrenzgesellschaft kennen.  
Wer hingegen schon unten ist oder sich am Rande der Gesellschaft fühlt, hat oft die Hoffnung verloren, da wieder herauszukommen. Die zunehmende Prekariarität im unteren Drittel des Arbeitsmarktes schafft ebenso wenig Vertrauen in die eigene Zukunft wie die Erfahrung und das Wissen, dass makroökonomische Prozesse von unseren politischen Eliten kaum mehr gesteuert werden können. Das versuchen ersichtlich andere wirtschaftliche Elitenformationen, die sich ihrerseits erfolgreich einer politischen Kontrolle entziehen bzw. die Freiheiten des deregulierten Marktes eifrig nutzen.
- Die Erfahrungen mit der sogenannten „friedlichen Revolution“ oder der „Wende“ sind je nach familiärer Lage, den eigenen Erlebnissen und den biographischen Prägungen höchst unterschiedlich. Und ebenso differenziert sind die politischen Folgerungen, die man daraus zieht.

Zugespitzt könnte man formulieren, dass wir heute – zufällig genau 25 Jahre nach Wende und Wiedervereinigung – die soziale und mentalitäre Quittung bekommen für die Prozesse und Vorgänge der frühen 1990er Jahre. Damals wurden für die neuen Bundesbürger nahezu sämtliche Alltagsroutinen und bis dahin gültige Gewohnheiten entwertet, ebenso wie oftmals die gesamte Biographie. Vertraute, wenn auch nicht geliebte DDR-Verhältnisse schwanden über Nacht. Demokratie wurde möglich und eingeführt – ging jedoch einher mit einer massiven sozialen Destabilisierung im Osten der Republik. Die neue Freiheit kam auch als Markt – mit neuen Chancen, aber in aller Härte und mit unkalkulierbaren Risiken.

Solche Erfahrungen überwintern gerade in den Familiengedächtnissen und werden dann revitalisiert, wenn aktuelle Erlebnisse im neuen System bedrohlichen, undurchschaubaren, vor allem aber einen nicht sicher kalkulierbaren Charakter annehmen. Zudem wirkt die „Berliner Republik“ als weitgehend utopie- und visionslose Gesellschaft wenig inspirierend. Wir scheinen – alltagssprachlich ausgedrückt – „so vor uns hin zu wurschteln“.

- Wichtig in diesem Zusammenhang aber ist, dass die eher skeptischen, wenn nicht resignativen Rückblicke vieler Bürger auf die letzten 25 Jahre kollidieren mit der Attitüde einer Mehrheit unserer politisch Verantwortlichen, die die neue „Berliner Republik“ und die alte „Wende“ fast ausschließlich als Erfolgsgeschichten zu preisen und allzu deutliche Kritik daran abzuweisen. Denn eine massive Kritik an den sprichwörtlichen „blühenden Landschaften“ würde wohl von so manchem Politiker und Verwaltungsfachmann ausschließlich als eigenes Versagen interpretiert. Das mag man aber selten gern sich und anderen eingestehen. Und es setzt viel eigene Souveränität voraus, die in einer Demokratie immer berechtigte Kritik an Politik und Verwaltung als Sachkritik anzunehmen und eigene Verantwortlichkeiten zu erkennen – statt mit einer Geste beleidigter oder gar arroganter Abwehr zu reagieren.

Kurzum: Die aktuellen Asyl-Debatten stellen in aller Schonungslosigkeit und Direktheit die Frage, inwieweit unser Gemeinwesen intern intakt ist, welche echten politischen und ökonomischen Partizipationsmöglichkeiten Bürger haben (oder erst einmal nur sehen) und wie unsere Funktionseleiten „ticken“.

- Und noch einmal sei es gesagt: Freie und offene Gesellschaften wie unsere verlangen von ihren Bewohnern ein Höchstmaß an Aufmerksamkeit und Orientierungsfähigkeit in der „neuen Unübersichtlichkeit“ der Verhältnisse. Kulturelle Unterschiede können – friedlich ausgetragen und gelassen anerkannt – zu einer großen Bereicherung werden. Aber als ausschließlich „fremd“ und „bedrohlich“ wahrgenommen, werden sie kein akzeptierter Teil der politischen Kultur, des Gemeinwohlinteresses und der sozialen Verfasstheit insgesamt.
- Und schließlich – zum Abschluss – eine Bemerkung zu bestimmten Formen regionaler Identität und zum viel beschworenen „Sachsen-Patriotismus“. Dass man seine Stadt und Region mag, aus der man kommt, in die man hingezogen ist und in der man lebt, ist vollkommen in Ordnung – und dieses „Heimat-Gefühl“ wird immer wichtiger in Gesellschaften, die faktisch viel unterwegs sind. Denn „Heimat“ heißt ja Zugehörigkeit, Vertrautheit, Sicherheit und ein alltägliches Wohlfühlen.



Ich glaube es war Martin Walser, der einmal gesagt hat: „Heimat ist da, wo ich mich nicht ständig erklären muss.“ Je mehr Neubürger und Fremde aber in meiner Heimat leben, umso öfter werde ich mich wohl erklären müssen (und der anders sich auch). Und je mehr ich mich eigentlich „entheimatet“ fühle, ohne weggezogen zu sein; also unbehaust in der eigenen Gesellschaft, umso engstirniger und engherziger kann der berühmte Satz buchstabiert werden: „So geht sächsisch!“.

Weltoffenheit und Neugier auf andere Kulturen schwinden dann recht schnell oder werden erst gar nicht eingeübt; sie bleiben ein Ideal in Festreden und Hochglanzprospekt-Texten, doch sind sie kaum oder mindestens zu wenig Realität im Alltag.

Es geht mir nicht darum ein ausgeprägtes sächsisches Selbstbewusstsein oder die Liebe zu diesem Land pauschal unter Verdacht zu stellen, im Gegenteil. Nur dürften wir aktuell in einer Situation sein, die uns zwingt, genauer zu bedenken und anderen zu vermitteln, wie „sächsisch“ wirklich geht und wie offen wir gegenüber Gästen und Fremden sein müssen, ohne uns selbst zu verlieren. Es geht also um einen kulturellen Lernprozess, in den wir selbstbewusst einbringen können, was wir schon erreicht haben und was wir in unserem Land unter den Bedingungen einer offenen Gesellschaft ohne Krieg schon gelernt haben.

### **All dies, meine Damen und Herren, sollte nur dazu dienen:**

- dass wir heute miteinander ins Gespräch kommen
- unsere – sicherlich weiterhin kontroversen – Positionen zum Thema „Asyl“ austauschen
- uns selbst für die aktuelle Problemlage sensibilisieren
- dabei offen sind für andere Meinungen
- geduldig mit konträren Positionen umgehen
- neugierig auf andere Standpunkte sind
- im Gespräch nicht „politisch korrekt“, sondern offen und ehrlich aufzutreten
- und alle Informationen primär nicht als „Wahrheit“, sondern als „Denkanstoß“ verstehen

**Danke fürs Zuhören bzw. Lesen!!!**

Dresden, 16. März 2016  
Dr. phil Justus H. Ulbricht